

Veranstaltungen mit **Dr. Peter Busse** am 09. August 2001 und mit **Marianne Birthler** am 14.01.2002 in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus

Öffnung der Stasiakten – Gewinn oder Last für die deutsche Einheit?

Fünf Jahre lang war er Direktor der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Seit 01.04. d.J. ist er als 65jähriger nun im Ruhestand: Dr. Peter Busse. Da das Stasiunterlagengesetz zum 20.12. 2001 gerade zehn Jahre alt wird, war doppelt Anlass, Bilanz zu ziehen.

Durch dieses Gesetz wurde das Herrschaftswissen der ehemals Herrschenden gebrochen. Den ehemals Beherrschten wurde ein Stück ihrer Würde wiedergegeben. Es konnte gezeigt werden, wie eine Diktatur funktioniert, wie Menschen sich ihr anpassten oder auch widerstanden.

Die Öffnung der Stasiakten ermöglichte einen Lern- und Erkenntnisprozess für die gesamte Gesellschaft. 1,8 Millionen Anträge auf Akteneinsicht sind in den vergangenen zehn Jahren bearbeitet worden, auch heute noch stellen monatlich ca. 10000 Bürger Anträge. Rund 750 000 Antragsteller konnten ihre Akte einsehen. Außerdem gibt die Behörde Auskünfte über eventuelle Stasiverstrickungen von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Drittes Arbeitsfeld ist die Aufklärung über Strukturen des MfS, Grundlagenforschung, Publikationen, Internetpräsentation (www.bstdu.de), Ausstellungen in den Außenstellen und eine Wanderausstellung. Das MfS hatte Ende 1989 90000 hauptamtliche und 174000 inoffizielle Mitarbeiter). Anders als etwa in der Tschechischen Republik fragt das deutsche Gesetz nicht danach, wer in der SED oder anderweitig Funktionsträger war; es gab also keine Entkommunizierung ähnlich der Entnazifizierung. Es sollten nur Täter ermittelt werden

„Wenn wir uns heute anschauen, in welcher vorsichtiger Weise von Personalstellen und Gerichten die Stasiüberprüfungen umgesetzt werden, z.B. beim MDR, so haben die einstigen Vollstrecker der Diktatur tatsächlich sehr gnädige ‚Rächer‘ gefunden.“ meinte Dr. Busse nicht ohne Ironie.

Einerseits war für die meisten Menschen im Westen die DDR immer ein sehr fernes Land und heute ist sie nur noch ein kuriozes, skurriles Abfallprodukt der Geschichte, das man schnellstens entsorgen müsste (vielleicht auch deshalb, weil es eben auch unter den Bundesbürgern 30 000 Spitzel gab?!) Andererseits ist auch für viele Menschen im Osten die Stasidebatte - angesichts großer sozialer und ökonomischer Probleme in Neufünfland - nur noch eine höchst unnötige Nabelschau, die man endlich beenden müsse.

Dabei war die Stasi Hauptinstrument der Diktatur. Verkürzt gesagt: außen die Mauer, damit die Leute nicht weglaufen, innen das MfS, damit sie den Mund halten.

Auch die Nachfolgerin von Joachim Gauck, die 42jährige Marianne Birthler, die als ehemalige evangelische Katechetin und Bürgerrechtlerin die DDR nur allzu gut kennt, meinte bei ihrer Rückschau, dass die Stasi nicht etwa, wie Friedrich Schorlemmer sagt, ein Krebsgeschwür am Körper der DDR war. Eine DDR ohne MfS wäre nicht gesund geworden, sondern wäre gestorben. Und sie starb ja auch tatsächlich, als die Stasi und auch die Mauer gefallen waren.

Andererseits ist die Stasi alles andere als ein reines Ostproblem gewesen ist; es gab

von West Politikern und –Journalisten aller Couleur Kontakte und Verstrickungen. Bestimmte Milieus in der Bundesrepublik hielten auch oft ohne die Stasi eine unkritisch-brüderliche Nähe zur DDR, und zwar von SPD und Grünen bis hin zu CDU/CSU, von Wirtschaft und Wissenschaft bis in die Kirchen hinein. „Für ideologische Blödhheiten brauchten viele im Westen keine Stasi“, meinte Frau Birthler, „das schafften die alleine.“

So ist es nur verständlich, dass das Interesse an der ganzen Debatte in den alten Bundesländern sich in Grenzen hält, dass die einen an frühere politische Eiseleien nicht mehr erinnert werden wollen, während den anderen einfach das Verständnis für die gesamte Problematik fehlt. Frau Birthler berichtete von Gesprächen mit CSU-Politikern, die meinten: „Viele in Bayern fragen beim Thema ‚Stasi‘ nur: Ist das gut für die CSU oder ist es nicht gut?“

Inzwischen hat die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts um die Wegsperrung der Akten Kohls vom 08.03.2002 dazu geführt, dass sich auch hier Gefühle einer Ungleichbehandlung der Menschen in den neuen Ländern verstärken werden. Was in zahllosen Fällen zuvor gängige Praxis war, soll für den CDU-Altkanzler nicht gelten. Bei den Neu-Bundesbürgern, auf die das Stasi-Unterlagengesetz zehn Jahre lang uneingeschränkt Anwendung fand, muss ein schaler Nachgeschmack bleiben.

Nun besteht auch die Gefahr, dass DDR-Funktionäre, die im Visier der Stasi standen, das gleiche Recht wie Kohl und andere westdeutsche Eliten für sich in Anspruch nehmen können. Denn das MfS überwachte Feind und Freund ; sogar über Honecker hatte Mielke eine Akte angelegt. Es ist fatal, wenn sich hinter Kohls breitem Rücken nun auch viele alte SED-Kader verstecken können, wenn Täter oder Begünstigte der Stasi nur noch sich als „Personen der Zeitgeschichte“ zu titulieren brauchen, um vor Enttarnung sicher zu sein.

Insofern ist das Urteil ein Ausdruck des Zeitgeistes: Aufarbeitung ist etwas Lästiges, zumindest, wenn’s um die DDR geht. Denn Verstrickungen in den Realsozialismus sind – ganz im Unterschied zum Dritten Reich – noch für die meisten zumindest rein biographisch sehr gegenwärtig.

180 Kilometer Akten liegen jetzt im juristischen Niemandsland. Akten als Grundlage für wissenschaftliche Forschung, politische Bildung und journalistische Recherche werden kaum noch zugänglich sein. Unzählige Namen von Personen müssen nun nachträglich geschwärzt, Akten dürfen nicht mehr herausgegeben werden.

Ausstellungen, Informations- und Dokumentationszentren sowie Publikationen sind der Birthler-Behörde nun größtenteils unmöglich gemacht worden.

Die Frage ergibt sich, ob wir noch immer in obrigkeitsstaatlicher Tradition leben, ob die Geheimhaltungsbürokratie wichtiger ist als historische Aufklärung. Makulatur sind all die hehren Bekenntnisse aus Politikermunde zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Gauck und Birthler hatten Recht, Recht bekommen hat jedoch ausgerechnet der „Kanzler der Einheit“.

Hans Brückl